

David Rudolph • Laura Tolnov Clausen\*

## Ländliche Entwicklung auf der Basis erneuerbarer Energien?

### Emanzipatorische Potenziale zwischen radikaldemokratischer und neoliberaler Logik

**Zusammenfassung:** Ländliche Regionen erlangen verstärkt Bedeutung als Schauplätze der Energiewende, wobei eine dezentrale Nutzbarmachung von erneuerbaren Energien oftmals als Chance für die Entwicklung strukturschwacher Räume angesehen wird. Anhand eines Beispiels von umkämpften Windparkprojekten in Schottland argumentieren wir, dass das emanzipatorische Potenzial stark vom gemeinschaftlichen Eigentum an den Infrastrukturen der Energieversorgung geprägt ist, während neoliberale Politik vermehrt die radikaldemokratischen Prinzipien alternativer Energieprojekte untergräbt.

**Schlagwörter:** Energiedemokratie, ländliche Entwicklung, Bürgerenergie, Energiewende, sozial-ökologische Transformation, Schottland

### Rural Development Based on Renewable Energies?

#### Emancipatory Potentials Between Radical Democratic and Neoliberal Logic

**Abstract:** Rural areas increasingly gain importance as locales of the energy transition, whereas a decentralised utilisation of renewable energies is often viewed as an opportunity for the economic development of marginalised areas. By means of an example of contested wind farm projects in Scotland, the paper argues that this emancipatory potential strongly depends on the collective ownership of renewable energy infrastructures, while neoliberal politics increasingly undermine the radical democratic ideals of alternative community energy projects.

**Keywords:** Energy Democracy, Rural Development, Community Energy, Energy Transition, Socio-Ecological Transformation, Scotland

---

\* David Rudolph ist Humangeograph und arbeitet an der Technischen Universität Dänemarks. | Laura Tolnov Clausen ist Ethnologin und Associate Professorin an der Universität Agder in Kristiansand, Norwegen.

## 1. Einleitung

Ländliche Räume sind nicht nur verstärkt in den Fokus von Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende gerückt, sondern werden von diesen auch verändert. Transformation hin zu einem regenerativen Energiesystem werden daher auch als vielversprechende Chance für die Entwicklung ländlicher Räume betrachtet (Naumann/Rudolph 2020). Begründet wird dies mit der möglichen Inwertsetzung ländlicher und strukturschwacher Regionen durch die Errichtung von Infrastrukturen zur dezentralen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (Gailing/Röhring 2016). Während ländliche Gebiete dadurch zunehmend an Bedeutung für die Energieversorgung urbaner Regionen gewinnen, stellen Möglichkeiten der dezentralen und kleinräumigen Nutzbarmachung bestehende Eigentumsverhältnisse des Energiesektors infrage und rücken Themen wie kollektive Partizipation, lokale Stärkung (*community empowerment*) und Verankerung sowie neue Verteilungsgerechtigkeit in den Fokus.

Vorstellungen einer alternativen Energieversorgung, welche Eigentums- und Mitbestimmungsrechte im Energiesektor herausfordern, werden vermehrt unter dem Schlagwort der Energiedemokratie zusammengefasst. Auch wenn mehr Partizipation und Gerechtigkeit als zentrale Forderungen verschiedene Energiedemokratiebewegungen vereint, so verfolgen diese vielfältige Ziele. Verschiedene Ausprägungen von Energiedemokratie haben sich vor allem in Forderungen nach einer gerechten Verteilung von Kosten und Nutzung der Energieversorgung, nach einem gleichberechtigten Zugang zu Energie und nach einer stärkeren Vergesellschaftung der Energieversorgung manifestiert (Weis u.a. 2015). Auf Grundlage von Dezentralisierung, Gemeinschaftseigentum und Eigenständigkeit verbinden neue partizipative Formen der Energieversorgung politische Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit mit gemeinschaftlicher Kontrolle über Infrastrukturen der Energieversorgung und größerer Mitbestimmung über eine faire Verteilung der dadurch erzeugten Gewinne. Alternative Organisationsformen der Energieversorgung, die sich vorherrschenden energiepolitischen Trends offen widersetzen und eine Lösung von bestehenden Abhängigkeiten, Produktionsweisen und strukturellen Ungerechtigkeiten anstreben, können somit allgemein als Teil einer emanzipatorischen Transformation ländlicher Räume betrachtet werden (Scoones u.a. 2018). Insbesondere radikaldemokratische Orientierungen der Energieversorgung, als fortwährende demokratische Anstrengungen und Ausdruck strukturverändernder Forderungen von unten, sind dabei eine Voraussetzung für emanzipatorische Veränderungen, da sie Unter-

schiede, Dissens und Auseinandersetzungen gegenüber hegemonialen Gegebenheiten herausstellen.

Eine Dezentralisierung der Energieversorgung geht aber nicht zwangsläufig mit mehr Energiedemokratie und -gerechtigkeit einher. Die Nutzung von erneuerbaren Energien kann jedoch emanzipativ sein, wenn das dezentrale Potenzial der Technologien und demokratische Organisationsformen miteinander verknüpft werden. Der emanzipatorische Charakter von erneuerbaren Energien wird unmittelbar durch Mitentscheidungsmöglichkeiten und Eigentumsverhältnisse bestimmt, indem eine radikale Neuausrichtung der Eigentumsverhältnisse an den Anlagen, der Profitverteilung und der darüber entscheidenden Akteure bislang benachteiligte Positionen bestärkt und aufwertet. Emanzipatorische Potenziale erneuerbarer Energien ergeben sich vor allem aus Beteiligung, Eigentum und Besitz, Wertschöpfung, sowie Ökologie und Suffizienz als explizite Politik (Kunze/Becker 2015). Insbesondere die Verwendung von Gewinnen aus der Stromerzeugung für gemeinwohlorientierte und solidarische Zwecke erlaubt es ländlichen Regionen eine emanzipatorische Agenda zur Selbstbestimmung voranzubringen. Strukturverändernde Forderungen und Maßnahmen dienen aber nicht nur dem Ziel der Befriedigung von Grundbedürfnissen, sondern bieten auch eine radikalere und solidarische Alternative zu kapitalistischen Leitprinzipien wie Wettbewerb, Profit und Wachstum sowie eine partielle Emanzipation von kapitalistischen Machstrukturen. Bestrebungen hinsichtlich einer Kollektivierung des Eigentums bzw. öffentlicher Kontrolle an Energieanlagen wird hierbei gern als (radikal)demokratischer Gegenentwurf einer neoliberalen Logik der Privatisierung gedeutet.

Dem emanzipatorischen Blick auf ländliche Gebiete liegt aber auch ein grün-produktivistisches Verständnis zugrunde, nach welchem die Umstellung auf erneuerbare Energien und die Nachfrage nach neuen Technologien, Produkten und Innovationen neue Wachstumsmöglichkeiten bieten (Schachtschneider 2016), die auch der ländlichen Entwicklung dienen (Tolnov Clausen/Rudolph 2020). Damit bleiben auch emanzipatorische Bestrebungen ländlicher Akteure nicht nur in den Widersprüchen und der Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Wachstumsparadigmas verhaftet und unterliegen den Dynamiken ungleicher Entwicklung. Vielmehr besteht die Gefahr, dass energiedemokratische Bemühungen neoliberale Trends – Privatisierung der Daseinsvorsorge – in ländlichen Räumen kaschieren oder gar von diesen vereinnahmt werden (Catney u.a. 2014). Vor diesem Hintergrund lohnt es sich zu hinterfragen, wie die Errichtung von Infrastrukturen für erneuerbare Energien mit der Aufrechterhaltung bzw. Entwicklung der Daseinsvorsorge in strukturschwachen und marginalisierten ländlichen Regionen sowohl ar-

gumentativ also auch praktisch verknüpft wird und worin sich die energiedemokratische von einer neoliberalen Logik unterscheidet.

In diesem Artikel argumentieren wir, dass die vermeintliche Diskrepanz zwischen existierenden politischen Trends hinsichtlich der Bevorzugung kommerzieller Windenergieprojekte und gewünschten Wirkungen bezüglich zivilgesellschaftlicher Partizipation nicht notwendigerweise einen fundamentalen Widerspruch darstellt, sondern vielmehr zwei Seiten der gleichen Medaille fortgeschrittener neoliberaler Entwicklung widerspiegelt, die zunehmend emanzipatorische Bemühungen kooptiert. Dadurch scheinen nicht nur die Trennlinien zwischen emanzipativer Energiedemokratie einerseits und notwendigerweise eigenverantwortlichen Initiativen als Antwort auf Austeritätsmaßnahmen andererseits zu verschwimmen, sondern es keimen auch neue Auseinandersetzungen um Verteilungsgerechtigkeit in ländlichen Räumen auf. Anhand eines Beispiels von umkämpften Windenergieprojekten in Schottland gehen wir der Frage nach, wodurch sich die energiedemokratische und neoliberale Stoßrichtung zur Nutzbarmachung von Windenergie für ländliche Entwicklung unterscheidet.

Im Folgenden konzeptualisiert der Artikel die kausale Verknüpfung von ländlicher Entwicklung und erneuerbaren Energien unter Rückgriff auf das Konzept der *socio-ecological fixes* (McCarthy 2015) als Erweiterung von David Harveys *spatial fix*. Entsprechend dieses Konzeptes können Investitionen in erneuerbare Energien als parallele Bewältigung von lokalen Struktur- und globalen Umweltproblemen verstanden werden. Daraufhin werden die ökonomischen Mechanismen beleuchtet, durch die ländliche Entwicklung mittels Eigentum und Mitbestimmung an Windenergieanlagen realisiert werden. Anhand einer Fallstudie zu rivalisierenden Windenergieprojekten in Schottland beschreiben wir dann die Auseinandersetzungen um ländliche Entwicklung zwischen emanzipatorischen Bürgerenergieprojekten und einem kommerziellen Großprojekt. Darauf aufbauend diskutieren wir, inwieweit eine Kräfteverschiebung in Richtung lokaler Maßstabebenen partizipativen Idealen gerecht wird (Coy u.a. 2021) oder vermehrt als Symptom neoliberaler Politik aufzufassen ist (Macleod/Ejemulu 2014), und welche Konsequenzen sich für ländliche Räume daraus ergeben.

## 2. Windenergie als sozio-ökologischer »Fix« des ländlichen Raumes

Kritische Energiestudien haben begonnen, auf das Konzept der sozio-ökologischen Fixes zurückzugreifen, um das Zusammenspiel von kapitalistischer Produktionsweise und Transformationen des Energiesystems zu erfassen (McCarthy 2015). Dieser Ansatz (Ekers/Prudham 2015, 2017) erweitert Da-

vid Harveys bekanntes Konzept des *spatial fix*, um explizit das Verhältnis zwischen ökologischem Wandel und den Prinzipien der kapitalistischen Produktionsweise zu beleuchten sowie den internen ökologischen Widerspruch des Kapitalismus zu betrachten. Harvey (2001) argumentiert, dass zwangsläufige Kapitalismuskrisen abgewendet werden können, indem eine räumliche und zeitliche Verlagerung von Kapital stattfindet. Dies geschieht zumeist durch geografische Expansion oder Verlagerung von Produktionsstätten und Kapitalanlagen in gebaute Umwelt oder die Schaffung neuer Produktionsprozesse, um kapitalistische Akkumulationsstrategien aufrechtzuerhalten bzw. neu zu beleben. Der ökologische Widerspruch verweist zudem auf die inhärente Tendenz des Kapitalismus endliche Ressourcen zu erschöpfen und damit nicht nur sozialökologische Probleme hervorzurufen, sondern langfristig die fundamentalen Grundlagen für weiteres Wachstum zu vernichten.

Investitionen in erneuerbare Energien bieten einen solchen *spatial fix* und liefern einen »Korridor« für die Suche nach neuen Akkumulationsstrategien (Brand/Wissen 2018). Nach diesem Verständnis werden aus der Bedrohung durch Umweltkrisen neue Investitionsmöglichkeiten für profitable Anlagemöglichkeiten suchendes Kapital. Investitionen in neue Infrastrukturen, die fossile Brennstoffe entwerten und eine Dekarbonisierung der Daseinsvorsorge stützen, sollen somit neue Wachstumsmöglichkeiten bieten. Um Anreize für Investitionen in erneuerbare Energien zu schaffen, größere Profitabilität zu ermöglichen und neue Akkumulationsprozesse herzustellen, werden staatliche Subventionen vermehrt aus der Gewinnung fossiler Brennstoffe abgezogen und für den Ausbau erneuerbarer Energien bereitgestellt. Verschiedene Subventionsmechanismen haben sowohl zivilgesellschaftliche Akteure als auch etablierte Energieunternehmen zu Investitionen in erneuerbare Energien bewegt, wobei sich diese in ihren Intentionen zwischen demokratisch-emanzipativen und wachstumsgetriebenen Zielen unterscheiden. Ungeachtet der zielorientierten Unterschiede von Akteuren können Investitionen in erneuerbare Energien als sozio-ökologischer Fix für wechselseitige Umwelt- und Wirtschaftsprobleme betrachtet werden, um die Akkumulation von Kapital auf eine sozial- und umweltfreundlichere Weise zu erneuern (McCarthy 2015). Ökologische Anliegen, wie z.B. Umweltverschmutzungen und Klimawandel, begründen somit neue Renditemöglichkeiten mittels ihrer Aneignung und »Reparatur« durch marktbasierende Steuerungsinstrumente. Soziale Ziele und ein gerechteres Wirtschaftswachstum sollen durch die Möglichkeit einer breiten gesellschaftlichen Teilhabe an den Infrastrukturen und der damit einhergehenden Sozialisierung von bislang überwiegend privatwirtschaftlich gestalteten Einnahmen aus der Energie-

versorgung erreicht werden. Auch wenn die Transformation des Energiesektors sich an zentralen ökologischen Herausforderungen orientiert und gern als soziale, ökologische und wirtschaftliche Win-Win-Situation proklamiert wird, bleiben Fragen nach konkreten Lösungen tiefgreifender struktureller Probleme im Zuge des Umbaus des Energiesystems häufig unzureichend beantwortet. Während die Betonung des sozio-ökologischen Fixes auf der staatlichen Steuerung zur Abwendung des Klimawandels liegt, werden soziale Bewegungen innerhalb der Energiewendebatte, die die Fähigkeiten des Kapitalismus zur Lösung der Umweltkrise infrage stellen, weitgehend ausgeklammert (Chambers 2021). Die begrenzte Berücksichtigung sozialer Transformationen wird jüngst durch eine neoliberale Trendwende hin zu marktorientierten Fördermechanismen deutlich, etwa bei Ausschreibungen und Auktionen für Windenergieprojekte, die explizit Kosteneffektivität bei größtmöglichem Zubau von Kapazitäten unterstützen. Dadurch werden finanziell potentere Energieunternehmen und Großinvestoren begünstigt, aber die gemeinschaftliche Eigentümerschaft an Windenergieanlagen beschränkt (Grashof 2019). Kritische Stimmen sehen im Energiewendeprojekt deshalb primär ein Konjunkturmodell und sprechen diesem eine effektive und langfristige Lösung sozialer (Kenis/Lievens 2016; Smith 2019) und ökologischer Probleme (Zeller 2021) ab.

Dennoch ist es diese elementare Logik ökologischer und sozialer Krisenbewältigung, die auch der argumentativen Verknüpfung von ländlicher Entwicklung durch den Ausbau von Windenergie zugrunde liegt. Investitionen in Windenergie sollen langfristige Akkumulationsprozesse in ländlichen Gebieten anstoßen, mit dem Ziel eines sozio-ökologischen Fixes. Zur ländlichen Entwicklung soll der Ausbau von Windenergie beitragen, insbesondere über die Schaffung neuer Arbeitsplätze, einer Revitalisierung der Fertigungsindustrie, neue grüne Industriezweige, lokales Unternehmertum und Einkommen durch Bodeneigentum. Auch wenn rurale Gebiete durch die Nutzbarmachung von Windenergie neue Aufmerksamkeit erfahren, kann die Frage gestellt werden, inwieweit die bloße Errichtung von Infrastrukturen zur Ausbeutung von Windressourcen überhaupt langfristige strukturelle Verbesserungen vor Ort erzeugen. Obwohl die Windenergienutzung als Möglichkeit für eine Revitalisierung ländlicher Räume proklamiert wird, bleiben konkrete Betrachtungen über ihre spezifischen emanzipatorischen Potenziale hinsichtlich einer Selbstbestimmung und Lossagung ländliche Akteure von kapitalistischen Machtstrukturen oftmals vage. Deshalb soll zunächst die praktische Seite der sozio-ökologischen Fixes, d.h. die ökonomischen Mechanismen, beleuchtet werden, durch die Investitionen in Windenergie zur ländlichen Entwicklung beitragen.

### 3. Ökonomische Potenziale der Windenergienutzung für ländliche Räume

Entsprechend dem bisher skizzierten Verständnis ist das Potenzial, Windenergie für ländliche Entwicklung nutzbar zu machen, in der großflächigen Verbreitung von Land- und Windressourcen in ländlichen Räumen begründet, die oftmals auch strukturschwache und benachteiligte Regionen sind (Cowell u.a. 2012). Um das proklamierte Potenzial von Windenergie wirtschaftlich auszunutzen, stellt sich die Frage, wie die Wertschöpfung aus dem Ausbau von Windenergieanlagen vor Ort realisiert bzw. gehalten werden kann. Es geht um die Frage, wie Profite aus der Energieversorgung zum Vorteil lokaler Kommunen kanalisiert werden und so zu einer alternativen Entwicklung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen beitragen können. Während direkte wirtschaftliche Impulse aus Windenergieprojekten eher kurzfristige und moderate Effekte zeitigen (Ejdemo/Söderholm 2015), meist durch Lieferketten und lokale Einbindung von Arbeitskräften während der Errichtung, ergeben sich langfristige Effekte oftmals nur durch Steuer- und Pachteinnahmen sowie eine aktive Beteiligung an den Profiten aus der Stromerzeugung. Diese Querfinanzierung nachhaltiger Entwicklungsmöglichkeiten findet daher entweder durch die Kommunen, Betreiber\*innen bzw. Investoren\*innen der Anlagen oder mittels Teilhabe von Bürger\*innen statt, wobei die Einnahmen in ländliche Daseinsvorsorgeprojekte reinvestiert werden (Domhardt u.a. 2018). Einnahmen durch Gemeinden ergeben sich durch die Verpachtung von Land an die Betreiber\*innen der Energieanlagen oder durch den kommunalen oder gemeinschaftlichen Betrieb dieser Anlagen. Emanzipatorische Intentionen ländlicher Akteure hinsichtlich strukturveränderter Ansprüche sind daher unmittelbar an eine Vergesellschaftung der Eigentumsverhältnisse und der Notwendigkeit einer Sozialisierung der Gewinne geknüpft, die eine partielle Loslösung des durch die Windenergieanlagen produzierten Profits von kapitalistischen Produktionsverhältnissen erlauben.

Lokalem gemeinschaftlichen Eigentum (*community ownership*) an Energieprojekten oder Ländereien wird das größte Transformationspotenzial für ländliche Kommunen nachgesagt – unter der Annahme, dass die Einkommen vollständig lokal bewahrt und in soziale, wirtschaftliche und ökologische Vorhaben reinvestiert werden. Dabei wird generell davon ausgegangen, dass je größer der Anteil an den Assets ist, also den Anlagen oder dem Land, auf dem sich diese befinden, desto größer ist der Profitanteil, der in lokale Projekte zurückfließen kann (Callaghan/Williams 2014). Im Falle von privaten oder kollektiv organisierten Landeigentümer\*innen hängen die Möglichkeiten von deren Wohlwollen ab, die Pachteinnahmen anteilig in Projekte

des Gemeinwohls zu investieren. Ähnlich verhält es sich bei kollektiv getragenen Energieprojekten, bei denen primär individuelle Shareholder anstatt des Gemeinwohls profitieren. Schachtschneider (2016) spricht hierbei von einer Bürgerinvestoren-Energiewende, die eine Mehrheit an nicht investitionsfähigen Bürger\*innen ausschließt. Auf der anderen Seite können gemeinschaftliche Projekte soziale Vorteile hervorbringen, wie z.B. neue Fähigkeiten zu entwickeln, den lokalen Zusammenhalt zu stärken und eine gemeinsame Identität und Unabhängigkeit zu schaffen. Dies geht mitunter mit einer Ermächtigung der Akteure einher neue Kooperationsformen, Kompetenzen und demokratische Entscheidungsfindungsprozesse zu entwickeln.

Im Gegensatz zu gemeinschaftlichem Asset-Eigentum basieren Zahlungen von Betreiber\*innen oder Investoren entweder auf freiwilligen oder vertraglich verankerten Vereinbarungen für eine aktive anteilige Verteilung der Profite, die durch den Elektrizitätsverkauf auf dem Strommarkt, Einspeisevergütungen oder Stromlieferverträge (*power purchase agreements*) erzielt werden. Sogenannte *community benefits*, (Ausgleichs-)Zahlungen durch Betreiber\*innen an umliegende Gemeinden, gehören seit geraumer Zeit zum guten Ton von Windparkbetreiber\*innen in Großbritannien (Kerr u.a. 2017), wobei die Vorteile und Nachteile freiwilliger gegenüber obligatorischer Zahlungen zur Disposition stehen. Diese Zahlungen haben überwiegend die Gestalt von lokal verwalteten Fonds angenommen, in welche die Betreiber\*innen regelmäßig einen Betrag entsprechend der Größe ihrer Energieanlagen einzahlen. Während das Design, die Verwaltung und geographische Verteilung der Fonds eine konfliktbehaftete Aufgabe darstellen kann, hängt das Potenzial für ländliche Entwicklung stark davon ab, wo und wie die begrenzten Einnahmen eingesetzt werden.

Unter Rückgriff auf den Gedanken, dass Investitionen in erneuerbare Energien als sozio-ökologische Fixes aufgefasst werden können, die parallel Umweltprobleme und sozio-ökonomische Ziele nachhaltig aufgreifen, kann aus den bisherigen Schilderungen geschlussfolgert werden, dass sich der Ausbau von Windkraftanlagen in ländlichen Räumen nicht zwangsläufig und unmittelbar auf deren wirtschaftliche Entwicklung auswirkt. Die Erkenntnis aus den bisherigen Beschreibungen mag trivial erscheinen, aber es sind nicht die Marktmechanismen, mit denen die Energiewende vorangetrieben wird, die Potenziale für ländliche Entwicklung mittels Windenergie vor Ort schafft. Diese ermöglichen lediglich die Etablierung und Wirtschaftlichkeit von Windenergieanlagen sowie die Generierung von Profiten. Es ist das Eigentum an den notwendigen Assets, im Sinne der erforderlichen Produktionsmittel der Anlagen und Landressourcen, die Möglichkeiten zur selbstbestimmten Entwicklung und Abkehr vom neoliberalen Wachstumsparadigma



und somit das emanzipatorische Potenzial in sich tragen. Eine lokale Verteilung von Profiten durch kommerzielle Betreiber\*innen mag zwar ebenfalls ländlichen Entwicklungsmöglichkeiten dienlich sein, aber erfüllt hingegen nicht den emanzipativen Anspruch, die vorherrschenden kapitalistischen Machtverhältnisse zu durchbrechen und größere Autonomie ländlicher Regionen zu ermöglichen.

Die notwendigen Bedingungen des Eigentums an den Assets für sozial-ökologische Transformationen sind aber nicht immer gegeben oder möglich und führen zu vielfältigen Konflikten um Anspruchsrechte, Berechtigungen und Deutungshoheiten hinsichtlich der Nutzbarmachung von Windenergie mit dem Ziel, benachteiligte ländliche Räume zu stärken. Das verdeutlicht das folgende Fallbeispiel zur Windenergieplanung aus Schottland.

#### **4. RURALE AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE DEUTUNGS- UND NUTZUNGSHOHEIT ÜBER WINDENERGIEANLAGEN IN SCHOTTLAND**

Schottland hat nicht nur ambitionierte Ziele, den Ausbau von erneuerbaren Energien voranzutreiben, sondern verbindet damit auch eine Agenda des wirtschaftlichen Wachstums. Dieses soll soziale Gerechtigkeit und einer Belebung des nationalen Gemeinwohls ermöglichen. Eine Besonderheit der Energiewende Schottlands ist der rapide Anstieg der Anzahl von erfolgreichen und wirkungsvollen gemeinschaftlich organisierten Energieprojekten (*community energy projects*), die vor allem auf der Errichtung von Windrädern basieren. So waren im Jahr 2020 850 Megawatt (MW) an erneuerbaren Energieprojekten in gemeinschaftlicher Hand (38,7% Windenergie), wobei die gesteckten Ziele übertroffen und auf zwei Gigawatt (GW) bis 2030 erhöht wurden. Von den existierenden Kapazitäten befinden sich 34,6 Prozent im Eigentum von Gemeinschaften, Wohltätigkeitsorganisationen, öffentlichen Stiftungen und Kommunen, sowie 41 Prozent im Besitz von (gemeinschaftlichen und privaten) Landeigentümern (Energy Savings Trust 2021). Insbesondere für die Umsetzung lokaler Energieprojekte gegründete Gemeinschaften können aufgrund ihrer Organisationsformen und Absichten hinsichtlich einer Stärkung des lokalen Gemeinwohls emanzipatorische und autonome Bestrebungen nachgesagt werden. Sogenannte *community development trusts*, von Bürger\*innen getragene lokale Organisationen, die sich der Verbesserung der Lebensqualität in ihren Kommunen verschrieben haben, spielen bei der Initiierung, Umsetzung und Unterhaltung der Windenergieprojekte eine entscheidende Rolle. Diese zivilgesellschaftlichen Organisationen agieren gemeinnützig und unabhängig von staatlichen Institutionen. Zahlreiche solcher Trusts haben mithilfe staatlicher und halbstaatlicher Kredite, zentraler

logistischer Unterstützung und durch Mittel der Fremdfinanzierung (Bankkredite, Lotteriefonds) die Errichtung eigener Windräder finanziert. Anstatt der kapitalistischen Logik zu folgen, werden mit den erzielten Einnahmen primär der lokale Gemeindehaushalt bezuschusst oder soziale und ökologische Entwicklungsprojekte angestoßen. Hinsichtlich der Kombination von staatlichem Zentralismus und regionalen Autonomiebestrebungen (Kunze/Becker 2015) sind neben der Finanzierung auch Fragen nach Landeigentum für die Errichtung der Windräder von zentraler Bedeutung.

Die Umsetzung von *community energy projects* profitiert stark von einer Landreform, die historisch gewachsene und feudal geprägte Landeigentumsverhältnisse in ländlichen Räumen umkehrt. Große Teile des Bodens Schottlands sind im Eigentum von privaten und meist auswärtigen Landbesitzer\*innen. Die ländliche Bevölkerung besteht meist aus individuellen Landpächter\*innen (*crofters*), deren Nutzungsrechte eingeschränkt sind. Seit Mitte der 1990er-Jahre haben *crofters* begonnen, mittels Spenden und staatlicher Hilfen Gemeindegelände zurückzukaufen (*community buyout*), um es gezielter und gewinnbringender zu bewirtschaften. Die Resozialisierung des Bodens wurde im Jahr 2003 durch den *Land Reform Act* formalisiert, welcher es den Bürger\*innen erlaubt, das von ihnen genutzte Land auch gegen den Willen der Eigentümer\*innen zurückzukaufen, wenn es der nachhaltigen Entwicklung dient (Danson/Burnett 2021). Auch dieser Rückkauf von Landeigentum wurde durch dafür gegründete *community development trusts* kollektiv organisiert.

Die Rückführung von Landeigentum und die Umsetzung von Bürgerenergieprojekten gehen dabei Hand in Hand (Dalglish u.a. 2018). Die Windenergie dient der Rechtfertigung und Refinanzierung des Landkaufs sowie der Finanzierung des gemeinschaftlichen Lebens. Beide Aspekte sind allerdings eng mit Bestrebungen des *community empowerment* und *asset-based community development* der schottischen Regierung verbunden. Diese politische Agenda verfolgt auf der einen Seite die Strategie, dass mit stärkerer Kontrolle über die Nutzbarmachung lokaler Ressourcen eine größere Selbstbestimmung über lokale wirtschaftliche und soziale Themen ermöglicht werden sowie adäquatere und langfristige Lösungen für ländliche Gemeinden entwickelt werden (Markantoni u.a. 2018). Auf der anderen Seite ist dies eine direkte Antwort auf Kürzungen von Staatsausgaben durch die anhaltende Austeritätspolitik in Großbritannien. Die schottische Regierung versteht unter dem Vorhaben des *community empowerment* unterstützende Maßnahmen, die es lokalen Gemeinden erlauben, Aufgaben wahrzunehmen und sich mehr Gehör bei der Umsetzung von Planungen der Daseinsvorsorge zu verschaffen (Scottish Government 2017).

Auf der Insel Lewis in den Äußeren Hebriden, wo wir seit 2019 Feldforschung betreiben, haben diese politischen Rahmenbedingungen zu einer an-

gespannten Gemengelage und Konflikten um Anspruchsrechte zur Windenergienutzung geführt. Wie andere periphere Gebiete hat auch Lewis mit einem Strukturwandel zu kämpfen, der durch Deindustrialisierung, Abwanderung und Energiearmut gekennzeichnet ist. Traditionelle Wirtschaftszweige, wie Fischfang, kleinbäuerliche Landwirtschaft und Tweed-Weberei, verlieren an Bedeutung. Während vor allem landwirtschaftliche Aktivitäten durch die Landpächter\*innen nicht mehr dem Bestreiten des Lebensunterhalts dienen, sind mehr als 40 Prozent der Erwerbstätigen im öffentlichen Sektor beschäftigt. Die Erschließung erneuerbarer Energien wird deshalb als Möglichkeit für einen neuen produktiven Industriezweig angesehen.

Seit 2003 hat der größte Landbesitzer der Insel (Stornoway Trust) versucht, auf seinen und angrenzenden Ländereien auswärtige Betreiber für die Errichtung eines großen Windparks zu gewinnen. Dem Stornoway Trust wurde Anfang des 20. Jahrhunderts das Land aus aristokratischer Hand zur öffentlichen Verwaltung gestiftet. Der geplante Windpark sollte die lokale Wirtschaft wiederbeleben, insbesondere eine brachliegende Werft, die zur Fertigung von Windrädern genutzt werden sollte. Dem Windpark mit ursprünglich bis zu 232 Windrädern sowie verkleinerten Projektvorschlägen, wurden jedoch aufgrund massiver lokaler Proteste und befürchteter Auswirkungen auf die Torflandschaft die Planungsgenehmigung verweigert. Mit diesen Plänen und langfristigen Pachtverträgen ist auch eine Einhegung von Land einhergegangen, die weitere Infrastrukturmaßnahmen beschränkt. Im Jahr 2012 wurde schließlich ein Windpark mit nur 36 Windrädern unter dem Namen *Lewis Wind Power* genehmigt, ein Tochterunternehmen des französischen Energieriesen EDF. Um die lokale Bevölkerung von dem Windpark profitieren zu lassen, hat *Lewis Wind Power* 20 Prozent des Eigentums an die Kommune von Lewis (County Council) offeriert sowie den Stornoway Trust durch Pachteinnahmen und ein *community benefit package* beteiligt. Aufgrund von Planänderungen seitens des Betreibers sowie mehreren Umgestaltungen im britischen Subventionssystem für Windenergie ist dieser Windpark bisher jedoch nicht realisiert worden. In der letzten Ausschreibungsrunde für Einspeisevergütungen auf abgelegenen Inseln ist der Windpark gescheitert.

Zur gleichen Zeit sind auf der Insel mehrere erfolgreiche Bürgerwindprojekte durch *community trusts* entstanden. Diese umfassen jeweils ein bis drei Windräder und sind entweder durch Landkauf von anderen privaten Landeigentümer\*innen oder durch Pacht von Land in den Randgebieten des Stornoway Trust ermöglicht worden. Da die *community trusts* als gemeinnützige Organisationen agieren, kommen die Gewinne ausschließlich dem Gemeinwohl der lokalen Gemeinden bzw. der Insel zu, wobei die verschiedenen *community trusts* hierbei unterschiedliche Strategien verfolgen.

Mit voranschreitender Rückzahlung der Kredite erhöhen sich die Einnahmen, die lokal reinvestiert werden. Ein Trust unterstützt die Daseinsvorsorge überwiegend durch Zuwendungen an Einrichtungen wie Altenheime, Hospize oder Projekte zur Bekämpfung von Kinder- und Energiearmut, bestimmte Studiengänge der Highlands and Islands University oder bezuschusst lokale Infrastrukturprojekte zur nachhaltigen Entwicklung der Insel. Ein anderer Trust unterhält einen Gemeindeladen in einer abgelegenen Kommune, führt einen Fonds für nachhaltige Sanierungsprojekte und bezuschusst Energierechnungen der Bürger\*innen. Ein *community trust*, der im Prozess der Resozialisierung von Landeigentum gebildet wurde, verfolgt Strategien ähnlich einer öffentlichen Behörde, indem die Einnahmen durch Windenergie vornehmlich in Projekte, die sich langfristig selbst tragen und weitere nachhaltige Entwicklungen in bestimmten Sektoren anstoßen sollen, reinvestiert werden. Hierzu zählen Kultur- und Tourismuseinrichtungen sowie Infrastrukturen der alltäglichen Daseinsvorsorge. Obwohl diese Bemühungen der Bürger\*innen hinsichtlich der ländlichen Entwicklung weitgehend als wirkungsvoll, gewinnbringend und notwendig erachtet werden, haben diese auch zu Spannungen und Konflikten zwischen den Akteuren geführt.

Erstens hat der Erfolg der existierenden *community-energy*-Projekte weitere *crofting communities* dazu inspiriert, eigene Windräder zu errichten. So haben 2016 vier lokale Gemeinschaften aus Landpächter\*innen Planungsvorhaben für 21 gemeinschaftlich getragene Windräder eingereicht. Allerdings befindet sich das Weideland, für das sie Nutzungsrechte haben, nicht nur innerhalb der Ländereien, die vom Stornoway Trust verwaltet werden. Vielmehr überlappt sich die Lage der Windräder teilweise mit dem geplanten Standort, der bereits vom Stornoway Trust an Lewis Wind Power verpachtet wurde. Die beabsichtigten Vorhaben der Landpächter\*innen stellen dabei einen klaren Affront gegenüber ihrem Landverpächter und eine Missbilligung seines kommerziellen Großprojekts dar. Dies hat zu einem noch nicht geklärten Rechtsstreit um die Einhegung von Land durch den Stornoway Trust und Gewohnheits- und Nutzungsrechte der Landpächter\*innen geführt. Die Bürger\*innen argumentieren dabei, dass Gemeindeländ für das Gemeinwohl und nicht für externe Profite genutzt werden soll und dass die lokalen Gewinne durch kollektives Eigentum bereits von einigen wenigen Windrädern die Zahlungen zur freiwilligen Gewinnbeteiligung von 36 Windrädern und Pachteinahmen übertreffen. Der Stornoway Trust argumentiert hingegen, dass die lokalen Gemeinden nicht in der Lage sind, ein solches Vorhaben alleine zu stemmen und dass ein externer Betreiber die besten Möglichkeiten für sinnvolle lokale Entwicklung bieten würde. Dabei

wird übersehen, dass die bloße Übertragung von Renditen und Renten einen breiten demokratischen Dialog über die Zukunft der Insel untergräbt.

Daraus ist zweitens aktuell ein visionärer Streit darüber entbrannt, wie ländliche Entwicklung durch die Nutzbarmachung von Windenergie auf der Insel stattfinden soll, entweder durch lokale Wertschöpfung mittels gemeinsamen Eigentums an Land und Windrädern oder durch freiwillige Umverteilung von Profiten durch großflächigen Energieexport. Bei dieser Auseinandersetzung wird aber vor allem die grundlegende Stoßrichtung des sozio-ökologischen Fixes durch Windenergienutzung verhandelt. Dabei geht es um die Priorisierung der Lösung von lokalen Strukturproblemen oder globalen Umweltproblemen. Während das kommerzielle Projekt das primäre Ziel des Ausbaus von Windenergiekapazitäten und den Export von erneuerbarem Strom verfolgt, basieren die Gemeinschaftsprojekte auf den Prinzipien der Demokratisierung der Energiewende mit dem Ziel, Gewinne für eine unabhängige lokale Entwicklung zu erwirtschaften. Bei letzterem wird der Ausbau von Windenergie somit nicht als ultimatives Ziel, sondern als Mittel zum Zweck einer stärkeren Selbstbestimmung und Selbstverwaltung gedeutet. Um den eigentumsbezogenen Limitierungen und Machtstrukturen der Windenergienutzung entgegenzuwirken, werden momentan Solidarpakte zur interkommunalen Kooperation zwischen den landbesitzenden *community trusts* und *crofting communities* diskutiert, die es auch denjenigen Kommunen erlauben sollen von zukünftigen Bürgerwindparks zu profitieren, denen es nicht möglich ist eigene Windräder zu errichten.

Aufgrund der verschiedenen Aktivitäten und finanziellen Ressourcen der lokalen *community trusts* kommt es drittens auch zu Kontroversen um Zuständigkeitsbereiche und Aufgabenverteilungen, wobei staatliche Behörden die Trusts konkret aufforderten bestimmte Aufgaben der Daseinsvorsorge zu erfüllen:

»Die öffentlichen Behörden sind in einer Situation, in der weit weniger Geld und Ressourcen zur Verfügung stehen, und sie suchen nach neuen Wegen, wie die Daseinsvorsorge in ländlichen Gebieten aufrechterhalten werden kann, und arbeiten auch mit uns zusammen. Aber ihr Ansatz ist zu einfach gedacht: ‚wir halten uns heraus und ihr füllt die Lücke‘. Aber wir sagen dann, dass wir das nicht machen, da wir nicht wissen, wie Bustransporte organisiert werden, wie Schulen unterhalten werden, wie Schullehnen organisiert wird, und all solche Dinge.« (Interview, Community Trust, 2019; Übers.: D.R./L.T.C.)

Der transformative Charakter radikaldemokratischer Interventionen von Betreiber\*innen der Bürgerenergieprojekte wird somit in ein notwendiges

Korrektiv britischer Austeritätspolitik verwandelt. Aufgrund der gemeinnützigen Tätigkeit der *community trusts* und der Notwendigkeit der Übernahme von Aufgaben der Daseinsvorsorge kommt es zu einer Kooptierung von emanzipatorischen und demokratischen Bestrebungen durch neoliberale Politik. Alternative gemeinschaftliche Aktivitäten zur unabhängigen Selbstorganisation werden so zu Zuarbeiten für einen sich zurückziehenden neoliberalen Staat umgedeutet. Die emanzipatorische Logik dient daher nicht länger ausschließlich dem Unabhängigkeitsstreben ländlicher Akteure, sondern vereinigt sowohl Konsequenz als auch Motiv neoliberaler Strategien.

## 5. Ambivalenzen emanzipatorischer Logik

Wie anhand der theoretischen Schilderungen und dem gewählten Fallbeispiel gezeigt, können für eine zukunftsorientierte rurale Entwicklung die Themen Energie und Daseinsvorsorge verknüpft werden, beispielsweise wenn Pachteinnahmen oder Einkommen aus Windkraftanlagen direkt der lokalen Bevölkerung zugutekommen. Allerdings bedarf es dafür entweder des Eigentums an Land, den Energieanlagen oder einer proaktiven Umverteilung und Sozialisierung privater Einnahmen. Nur durch eine vorausschauende Übertragung der Gewinne in Vorhaben, die der Daseinsvorsorge dienen, kann das Potenzial von Windenergie für ländliche Räume effektiv erschlossen werden. Somit kann im Rückblick auf die theoretischen Annahmen der sozio-ökologischen Fixes zur parallelen Bewältigung von Umwelt- und Strukturproblemen gesagt werden, dass die Investition von Kapital in Windenergie zwar die Erwirtschaftung neuer Profite fortsetzt und zu einer generellen Dekarbonisierung der Wirtschaft beiträgt.<sup>1</sup> Jedoch tragen diese Investitionen nicht automatisch und nur bedingt unmittelbar zur Stärkung benachteiligter Regionen und zur Lösung lokaler Strukturprobleme bei.

Diese Bedingungen werfen grundsätzliche Fragen zur Verteilungsgerechtigkeit von Windenergie in ländlichen Räumen und zur Selbstbestimmung ländlicher Kommunen auf. Dabei kann das radikaldemokratische Moment zunächst vereinfacht auf die Frage zugespitzt werden: Wer kann und darf Windenergieanlagen für welche Zwecke nutzbar machen? Wie das Fallbeispiel von der Isle of Lewis zeigt, stehen hierbei zwei Grundüberlegungen zur Wertschöpfung durch Stromerzeugung aus Windenergie und somit auch zwei gegensätzliche Antriebskräfte des sozio-ökologischen Fixes im Wettstreit,

---

<sup>1</sup> Einschränkung wurde hingegen darauf hingewiesen, dass der Ausbau von Kapazitäten an erneuerbaren Energien eher unseren wachsenden Energiebedarf auffängt, anstatt effektiv fossile Brennstoffe zu ersetzen (York/Bell 2019).

welche lokale bzw. globale Transformationen propagieren. Auf der einen Seite stehen gemeinschaftliche Vorhaben, deren direkte Wertschöpfung vor Ort organisiert ist und deren Erträge primär zum Zweck der Unterstützung der ländlichen Entwicklung und sozial-ökologischer Transformationen erwirtschaftet werden. Auch wenn gemeinschaftlich organisierte Energieprojekte oftmals nur durch wenige Bürger\*innen aktiv gestaltet werden, finden radikaldemokratische Merkmale durch eine breitere Demokratisierung der Assets, Aktivierung der Gemeinschaft, Mitgestaltung und Ermächtigung zumeist durch eine gemeinsame Entscheidungsfindung über lokale Bedürfnisse für Investitionen der Gewinne und über Interventionen gegenüber strukturellen Defiziten Ausdruck. Dieses Verständnis entspricht weitgehend der radikaldemokratischen Logik der Energiedematiebewegung mit dem Ziel, durch Teilhabe an der Energieversorgung mehr soziale Gerechtigkeit zu erwirken. Auf der anderen Seite stehen kommerzielle Großprojekte, deren Legitimierung auf dem Ausbau von erneuerbaren Energiekapazitäten zur Bekämpfung des Klimawandels basiert und deren Beitrag zur lokalen Daseinsvorsorge aus einer freiwilligen Gewinnbeteiligung lokaler Akteure durch die Betreiber\*innen heraus erfolgt. Letzterer Aspekt ist jedoch vielmehr aus einem legitimierenden Manöver zur Bewältigung lokaler Konflikte und Akzeptanzbeschaffung heraus entstanden und weniger aus einem genuinen Interesse an den Nöten der lokalen Bevölkerung (Tolnov Clausen/Rudolph 2019). Die Umverteilung von Profiten durch die Bereitstellung von Zahlungen und Eigentumsanteilen in sorgfältig abgewogenen und verhandelten Dosierungen involviert eher eine Entschädigung für die Einhegung natürlicher Ressourcen. Aus Sicht der lokalen Bevölkerung stehen sich somit ein passiver und aktiver Ansatz zur Nutzbarmachung von Windenergie gegenüber. Der passive Ansatz basiert auf der Erwartung von Investitionen von außen und der Assetisierung von Landeigentum mittels der Erwirtschaftung von Renten. Der aktive Weg besteht hingegen in der lokalen Nutzbarmachung und Verwertung eigener Ressourcen und mobilisiert radikaldemokratische Ideale durch Selbstorganisation und Unabhängigkeit. Dieser zweite Ansatz erlangt jedoch als teilweise Abfederung sozialer Konsequenzen neoliberaler Energiepolitik in Großbritannien neue Bedeutung (Wokuri 2021).

Die Stärkung der Handlungsfähigkeit von benachteiligten Akteuren ist unabdingbar für eine erfolgreiche Teilhabe an der Transformation des Energiesystems geworden und stellt einen vitalen Bestandteil der Energiewende dar. Die Verschiebung hin zu gemeinschaftlich organisierten Formen der Steuerung der Energiewende wird oft als Gegenentwurf zur neoliberalen Logik betrachtet. Andererseits wird die zunehmende Devolution der Entscheidungsfähigkeit hin zu lokalen Akteuren sowohl als Antwort auf als

auch Motiv einer neoliberalen Energiepolitik angesehen (van Veelen 2020). Kommunen erhalten durch neoliberale Steuerung mehr Verantwortung zur Lösung lokaler Probleme sowie Erfüllung staatlicher Ziele. Dabei übernehmen sie nicht nur vermehrt Aufgaben, die vormals der staatlichen Vorsorge oblagen, sondern müssen diese Ziele durch interkommunalen Wettbewerb bedienen, anstatt durch eine nach unten ausgerichtete Umverteilung (Catney u.a. 2014). Dies wird insbesondere durch staatliche Kürzungen aufgrund von Austeritätsmaßnahmen zunehmend zu einer Notwendigkeit und weniger zu einer emanzipatorischen Option. Dadurch scheinen auch die Trennlinien zwischen emanzipatorischen und unfreiwilligen Bemühungen der ländlichen *community trusts* zu verschwimmen und sich die generelle Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure zu verschieben (Taylor Aiken u.a. 2017). Während die *community trusts* grundlegend andere Ambitionen als wachstumsorientierte Energieunternehmen haben, werden ihre alternativen, partizipativen und den kapitalistischen Prinzipien entgegnetretenden Ziele zunehmend durch neoliberale Strukturpolitik vereinnahmt. Eine forcierte Übertragung von Verantwortung über lokale Strukturprobleme konterkariert jedoch die Prinzipien einer radikaldemokratischen Selbstbestimmung von unten. Das primäre Ziel einer größeren Partizipation, Unabhängigkeit von externen Einflüssen und Selbstverwirklichung weicht der notwendigen Bewältigung einer unmittelbaren Notlage. Ziele hinsichtlich eines gesellschaftlichen Wandels werden auf eine Ermächtigung zur Selbsthilfe reduziert. Radikaldemokratisch fundierte Emanzipation als partielle Loslösung von kapitalistischer Hegemonie wird als Gegenstand einer neoliberalen Vereinnahmung wieder in diese überführt, und solidarisches Wirtschaften fällt einer Privatisierung struktureller Probleme zum Opfer. Eine hierarchische Verantwortungsübertragung rekurriert somit lediglich auf die andere Seite der Medaille neoliberaler Energiepolitik, ohne radikale Transformationen zu verfolgen. Diese diskursive Unschärfe zeigt, dass die Deutungshoheit über die Energiewende in ländlichen Räumen umkämpft ist. Daher ist es umso wichtiger grundlegende Unterschiede zwischen emanzipatorischen Ambitionen und neoliberalen Vereinnahmungen herauszuarbeiten. Dabei geht es bei radikalen gegenüber neoliberalen Ansätzen nicht darum, ob und wie die Einnahmen aus Windparks in kollektiver Hand landen, sondern inwieweit diese für emanzipatorische oder schadensbegrenzende Maßnahmen verwendet werden können.

Dem Plan von *asset-based community development* kommt im neoliberalen Ansatz der Problembewältigung eine besondere, aber auch ambivalente Bedeutung zu. Die Nutzbarmachung lokaler Vorteile, wie Land und Energieressourcen, soll zwar primär der Stärkung ländlicher Kommunen und der Erfüllung



ihrer Interessen dienen, aber zugleich bietet sich dadurch ein legitimierender Ansatz für die Reduzierung der finanziellen Unterstützung staatlicher Institutionen. Dabei soll *asset-based community development* dieses Vakuum füllen und finanzielle Möglichkeiten eröffnen, um die öffentliche Daseinsvorsorge nach eigenen Wünschen und Bedürfnissen umzugestalten. Die Rolle des Staates reduziert sich dabei von einem Versorger zu einem Vermittler, der Akteure in ländlichen Räumen bei der Umsetzung ihrer Ziele (Markantoni u.a. 2018), im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe, nur unterstützt. Allerdings wird dabei übersehen, dass damit auch strukturelle Probleme wie Armut, Marginalisierung und Ungleichheit ebenfalls privatisiert werden (Macleod/Emejulu 2014), die nur ansatzweise durch interkommunale Allianzen ausgeglichen werden können. *Asset-based community development* ist daher stark in einer neoliberalen Logik verwurzelt, bei der ländliche Entwicklung auf Basis interregionaler Konkurrenz angeregt und Aufgaben des Sozialstaates auf private und gemeinnützige Akteure abgewälzt werden. Daher kann man bei diesem Ansatz nur schwerlich von einem emanzipatorischen Vorstoß sprechen. Vielmehr steht bei kommunal und gemeinschaftlich organisierten Windparks in peripheren Regionen Schottlands verstärkt die Rolle als Korrektiv eines verschlankten Sozialstaats im Vordergrund.

Ungeachtet der Forderung nach mehr Energiedemokratie oder Verantwortung ländlicher Akteure in der Energiewende stehen diese durch eine Ausweitung marktbasierter Fördermechanismen und des Finanzmarktes im Energiebereich (Baker 2021), die Kosteneffektivität (d.h. *value for money*) belohnen, vermehrt mit kommerziell agierenden Unternehmen im Wettbewerb. Solche wettbewerbsorientierten Rahmenbedingungen erhöhen den Kostendruck und erschweren eine Demokratisierung lokaler Assets, aber kommen einer Assetisierung lokaler Ressourcen entgegen. Wie das Beispiel aus Schottland verdeutlicht, hat das Spannungsverhältnis entgegengesetzter sozio-ökologischer Fixes in ländlichen Räumen daher weitreichende Konsequenzen, die Konflikte um Assetisierung, grüne Landnahmen und Einhegungen von Ressourcen nach sich ziehen (Nowak 2013).

## 6. Fazit

Aktuelle Transformationen der Energieversorgung haben »vergessenen« ländlichen Räumen neue Aufmerksamkeit beschert und neue Entwicklungspotenziale eröffnet, aber auch zu umkämpften Orten der Aushandlung über die Nutzbarmachung, Kontrolle und Profite von erneuerbaren Energien gemacht (Maschke u.a. 2020). Die Betrachtung der Implementierung sozio-ökologischer Fixes erlaubt es, unterschiedliche Stoßrichtungen der multiplen

Krisenbewältigung im Kapitalismus besser in den Blick zu nehmen und die ideologischen Kämpfe um ökologische, soziale und wirtschaftliche Ziele auf verschiedenen Ebenen nachzuzeichnen. Andererseits verweist dieser Blick auch darauf, dass Akteure, die eine tiefgreifende sozial-ökologische Transformation auf lokaler Ebene verfolgen, einen schweren Stand haben, diese innerhalb der Grenzen des Kapitalismus zu realisieren. Angesichts der Hinwendung zu marktbasierter Steuerungsinstrumenten und der Ausweitung des Finanzsektors zur Förderung der Energiewende konkurrieren erneuerbare Energievorhaben zur sozial-ökologischen Transformation und Stärkung der lokalen Ebene jedoch zunehmend mit denjenigen, die als langfristige Einnahmequellen von privaten Investoren dienen. Der Schaffung von finanziellen Anreizen zur Selbstorganisation ländlicher Bürger\*innen müssen daher andere Konzepte entgegengestellt werden, die eine radikale Demokratisierung der Energieversorgung begünstigen, um die Grenzen des Marktes zu überwinden und schließlich das emanzipatorische Potenzial von erneuerbaren Energien für ländliche Räume auszuschöpfen. Andernfalls werden solche Gebiete lediglich als periphere »Ressourcenlieferanten« abermals marginalisiert und strukturelle Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten nicht nur ausgeblendet, sondern verstärkt, indem durch historische, materielle und soziale Assets weniger privilegierte Akteure auf sich allein gestellt bleiben. Ohne ein radikales Umdenken, das eine sozial-ökologische gegenüber einer technisch-ökonomischen Programmatik innerhalb der Energiewende hervorhebt, verblasst das emanzipatorische Potenzial für ländliche Regionen anstatt eine transformative Wirkmächtigkeit zu entfalten. Das Beispiel hat zwar gezeigt, dass auch bei geringen Privatvermögen öffentliches Eigentum an Windenergieanlagen mittels staatlicher Hilfestellung möglich ist. Auch wenn dieser Ansatz grundsätzlich wichtige Fragen aufwirft, bietet eine fortschreitende Devolution und Privatisierung struktureller Probleme aber unzureichende Antworten für eine alternative Entwicklung ländlicher Räume und eine fruchtbare Politik von unten.

## Literatur

- Baker, Lucy (2021): Procurement, finance and the energy transition: Between global processes and territorial realities. In: *Environment and Planning E: Nature and Space*. DOI: <http://doi.org/10.1177/2514848621991211>.
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2018): *The Limits to Capitalist Nature. Theorizing and Overcoming the Imperial Mode of Living*. London.
- Callaghan, George / Williams, Derek (2014): Teddy bears and tigers: How renewable energy can revitalise communities. In: *Local Economy: The Journal of the Local Economy Policy Unit* 29(6-7): 657-674. DOI: <https://doi.org/10.1177/0269094214551254>.
- Catney, Philip / MacGregor, Sheryllyn / Dobson, Andrew / Hall, Sarah Marie / Royston, Sarah / Robinson, Zoe / Ormerod, Mark / Ross, Simon (2014): Big society, little justice? Commu-

- nity renewable energy and the politics of localism. In: *Local Environment* 19(7): 715-730. DOI: <https://doi.org/10.1080/13549839.2013.792044>.
- Chambers, Colin L. (2021): A critique of the »socio-ecological fix« and towards revolutionary rupture. In: *Area* 53(1): 114-121. DOI: <https://doi.org/10.1111/area.12668>.
- Cowell, Richard / Bristow, Gill / Munday, Max (2012): Wind energy and justice for disadvantaged communities. Viewpoint. Joseph Roundtree Foundation, York.
- Coy, Dominique / Malekpour, Shirin / Saeri, Alexander K. / Dargaville, Roger (2021): Re-thinking community empowerment in the energy transformation: A critical review of the definitions, drivers and outcomes. In: *Energy Research & Social Science* 72: 101871.
- Dalglis, Chris / Alan, Leslie / Brophy, Kenny / Macgregor, Gavin (2018): Justice, development and the land: the social context of Scotland's energy transition. In: *Landscape Research* 43(3): 517-528.
- Danson, Mike / Burnett, Kathryn A. (2021): Current Scottish Land Reform and Reclaiming the Commons: Building Community Resilience. In: *Progress in Development Studies*. DOI: <https://doi.org/10.1177/14649934211018393>.
- Domhardt, Hans-Jörg / Grotheer, Swantje / Wohland, Julia (2018): Die Energiewende als Basis für eine zukunftsorientierte Regionalentwicklung in ländlichen Räumen. In: Kühne, Olaf / Weber, Florian (Hg.): *Bausteine der Energiewende*. Wiesbaden: 345-368. DOI: [https://doi.org/10.1007/978-3-658-19509-0\\_17](https://doi.org/10.1007/978-3-658-19509-0_17).
- Ejdemo, Thomas / Söderholm, Patrik (2015): Wind power, regional development and benefit-sharing: The case of Northern Sweden. In: *Renewable and Sustainable Energy Reviews* 47: 476-485. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.rser.2015.03.082>.
- Ekers, Michael / Prudham, Scott (2015): Towards the socio-ecological fix. In: *Environment and Planning A: Economy and Space* 47: 2438-2445. DOI: <https://doi.org/10.1177/0308518X15617573>.
- / – (2017): The Metabolism of Socioecological Fixes: Capital Switching, Spatial Fixes, and the Production of Nature. In: *Annals of the American Association of Geographers* 107(6): 1370-1388. DOI: <https://doi.org/10.1080/24694452.2017.1309962>.
- Energy Savings Trust (2021): Community and locally owned energy in Scotland. 2020 report. March 2021. URL: <https://energysavingtrust.org.uk/>.
- Gailing, Ludger / Röhring, Andreas (2015): Was ist dezentral an der Energiewende? Infrastrukturen erneuerbarer Energien als Herausforderungen und Chancen für ländliche Räume. In: *Raumforschung & Raumordnung* 73: 31-43. DOI: <https://doi.org/10.1007/s13147-014-0322-7>.
- Grashof, Katharina (2019): Are auctions likely to deter community wind energy projects? And would this be problematic? In: *Energy Policy* 125: 20-32. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2018.10.010>.
- Harvey, David (2001): Globalization and the »spatial fix«. In: *Geographische Revue* 2: 1-12.
- Kenis, Annaleen / Lievens, Matthias (2016): Greening the Economy or Economizing the Green Project? When Environmental Concerns are Turned into a Means to Save the Market. In: *Review of Radical Political Economics* 48(2): 217-234. DOI: <https://doi.org/10.1177/0486613415591803>.
- Kerr, Sandy / Johnson, Kate / Weir, Stephanie (2017): Understanding community benefit payments from renewable energy development. In: *Energy Policy* 105: 202-211. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2017.02.034>.
- Kunze, Conrad / Becker, Sören (2015): Wege der Energiedemokratie. Emanzipatorische Energiewenden in Europa. Stuttgart.
- MacLeod, Mary Anne / Emejulu, Akwugo (2014): Neoliberalism with a Community Face? A Critical Analysis of Asset-Based Community Development in Scotland. In: *Journal of Community Practice* 22(4): 430-450. DOI: <https://doi.org/10.1080/10705422.2014.959147>.
- Markantoni, Marianna / Steiner, Artur / Meador, John Elliot / Farmer, Jane (2018): Do community empowerment and enabling state policies work in practice? Insights from a community development intervention in rural Scotland. In: *Geoforum* 97: 142-154. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2018.10.022>.

- Maschke, Lisa / Miessner, Michael / Naumann, Matthias (2020): Kritische Landforschung. Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen und politische Perspektiven. Studien 1/2020, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- McCarthy, James (2015): A socioecological fix to capitalist crisis and climate change? The possibilities and limits of renewable energy. In: *Environment and Planning A: Economy and Space* 47(12): 2485-2502. DOI: <https://doi.org/10.1177/0308518X15602491>.
- Naumann, Matthias / Rudolph, David (2020): Conceptualizing rural energy transitions: Energizing rural studies, ruralizing energy research. In: *Journal of Rural Studies* 73: 97-104. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.jrurstud.2019.12.011>.
- Nowak, Andreas (2013): Es grünt so grün. Green Grabbing und Akkumulation durch Enteignung. In: Backhouse, Maria / Gerlach, Olaf / Kalmring, Stefan / Nowak, Andreas (Hg.): *Die globale Einhegung – Krise, ursprüngliche Akkumulation und Ladnahmen im Kapitalismus*. Münster.
- Schachtschneider, Ulrich. (2016): Jenseits des Bürgerinvestors: Energiewende need Degrowth. *PROKLA* 184 46(3): 441-450. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v46i184.124>.
- Scoones, Ian / Edelman, Marc / Borras Jr., Saturnino M. / Hall, Ruth / Woford, Wendy / White, Ben (2008): Emancipatory rural politics: confronting authoritarian populism. In: *The Journal of Peasant Studies* 45(1): 1-20. DOI: <https://doi.org/10.1080/03066150.2017.1339693>.
- Scottish Government (2017): *Community Empowerment (Scotland) Act: summary*. URL: .
- Smith, Tone (2021): Wie radikal ist der Green New Deal? In: *PROKLA* 202 51(1): 9-30. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v51i202.1928>.
- Taylor Aiken, Gerald / Middlemiss, Lucie / Sallu, Susannah / Hauxwell-Baldwin, Richard (2017): Researching climate change and community in neoliberal contexts: and emerging critical approach. In: *WIREs Climate Change* 8(4): e463. DOI: <https://doi.org/10.1002/wcc.463>.
- Tolnov Clausen, Laura / Rudolph, David (2019): (Dis)Embedding the Wind – on People–Climate Reconciliation in Danish Wind Power Planning. In: *The Journal of Transdisciplinary Environmental Studies* 17(1): 6-21.
- / – (2020): Renewable energy for sustainable rural development: Synergies and mismatches. In: *Energy Policy* 138: 111289. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2020.111289>.
- van Veelen, Bregje (2020): Caught in the middle? Creating and contesting intermediary spaces in low-carbon transitions. In: *Environment and Planning C: Politics and Space* 38(1): 116-133. DOI: <https://doi.org/10.1177/2399654419856020>.
- Weis, Laura / Becker, Sören / Naumann, Matthias (2015): *Energiedemokratie. Grundlage und Perspektive einer kritischen Energieforschung*. Studien 01/2015, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Wokuri, Pierre (2021): Community Energy in the United Kingdom: beyond or between the Market and the State? In: *Revue Française de Civilisation Britannique* 26(2): 1-17. DOI: <https://doi.org/10.4000/rfcb.7976>.
- York, Richard / Bell, Shannon Elizabeth (2019): Energy transitions or additions? Why a transition from fossil fuels requires more than the growth of renewable energy. In: *Energy Research & Social Science* 51: 40-43. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.erss.2019.01.008>.
- Zeller, Christian (2021): Green New Deal als Quadratur des Kreises. *PROKLA* 202 51(1): 31-51. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v51i202.1932>.